

INTERNATIONALE ASSOZIATION EHEMALIGER POLITISCHER GEFANGENER
UND OPFER DES KOMMUNISMUS

INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS
AND VICTIMS OF COMMUNISM

МЕЖДУНАРОДНАЯ АССОЦИАЦИЯ БЫВШИХ ПОЛИТИЧЕСКИХ
ЗАКЛЮЧЁННЫХ И ЖЕРТВ КОММУНИЗМА



Vertreten durch die 13 Opferverbände
beschloss die Inter-Asso auf ihrem XXI. Kongress (21. - 24. August 2014)
in Bukarest (Rumänien) folgende

RESOLUTION

zur öffentlichen Verurteilung der kommunistischen Ideologie und der Entschädigung der Opfer des Kommunismus

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso), gegründet im Jahr 1998 in Berlin, vereint als gemeinnützige Organisationen 13 europäische Opferverbände. Die Inter-Asso fördert, koordiniert und unterstützt die Landesverbände u.a. in der Dokumentation und Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen und in ihren Forderungen nach juristischer und moralischer Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kommunismus. Der Inter-Asso gehören an:

Republik Albanien: Shoqata Antikomuniste e ish të Përndjekurve Politike të Shqipërise (ShASh)
(*Association of anticomunist political prisoners in Albania*)

Bosnien und Herzegowina: Savez udruaga političkih uznika i žrtava komunizma u Bosni i Hercegovini (SUPUiŽK) (*Verband der Vereine politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus in Bosnien und Herzegowina*)

Bundesrepublik Deutschland: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Estland: Eesti Endiste Poliitvangide Liit (EEPL)
(*Association of Estonian Former Political Prisoners*)

Republik Kroatien: Hrvatsko društvo političkih zatvorenika (HDPZ)
(*Kroatischer Verein ehemaliger politischer Häftlinge*)

Rumänien: Asociația Foștilor Deținuți Politici din România (AFDPR)
(*Association Former Romanian Political Prisoners*)

Slowakische Republik: Politický väzni Zväz Protikomunistického Odboja (PV ZPKO)
(*Verband des antikomunistischen Widerstands*)

Republik Slowenien: Združenje žrtev komunističnega nasilja (ZŽKN)
(*Verband der Opfer kommunistischer Gewalt*)



Tschechische Republik: Konfederace Politických Vězňů ČR (KPV ČR)
(*Verband der politischen Gefangen der Republik Tschechien*)

Magyar Politikai Foglyok Szövetsége (POFOSZ)
(*Verband Ungarischer Politischer Gefangener*)

Lettland: Latvijas politiski represēto apvienība (LPRA)
(*Union der politisch Verfolgten Lettlands*)

Litauen: Lietuvos politinių kalinių ir tremtinių sąjunga (LPKTS)
(*Verband der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens*)

Moldawien: Asociația Foștilor Deportați și Deținuți Politici din Moldova
(*Verband der Verbannten und politischen Gefangenen aus Moldowa*)

Heute, am 23. August, dem Gedenktag des Totalitarismus im 20. Jahrhundert, appellieren wir an das Gewissen der neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, an die nationalen Regierungen der Europäischen Union und an die Vertreter der Zivilgesellschaft, den blutigen Preis der heutigen Freiheit nicht zu missachten und die Verbrechen des Kommunismus in Mittel-, und Osteuropa ohne Vorbehalt zu verurteilen. Die grundlegende Verurteilung des Kommunismus – neben allen Formen des Totalitarismus, die das 20. Jahrhundert geprägt haben – wäre ein starkes Signal gegen die populistischen und autoritären Tendenzen, die weiterhin die Grundrechte der europäischen Bürger bedrohen.

Die grundlegende Verurteilung der kommunistischen Ideologie und ihrer Regime ist bisher von der Europäischen Union gar nicht und seitens nationaler Regierungen nur teilweise erfolgt. Eine Folge davon, ist die Verharmlosung der kommunistischen Ideologie und das virulente Aufleben alter Mythen und Erzählungen, die sich konträr zu demokratischen Werten verhalten und politisch instrumentalisiert werden können.

Wozu fehlende Aufarbeitung der unbequemen und oftmals traumatischen Vergangenheit führen kann, belegt der aktuelle Fall des sibirischen Gulags Perm-36, das von der Schließung bedroht ist. Die Opfer des stalinistischen Terrors werden zu gewöhnlichen Verbrechern und Vaterlandsverrättern stilisiert, nationale Freiheitskämpfer als Faschisten diskreditiert. Das Opfergedenken wird für eine kurzsichtige und opportunistische Geschichtspolitik auf schändlichste Weise instrumentalisiert. Solchen Politiken muss weltweit entgegen getreten werden, um das Gedenken an alle Opfer von Diktaturen würdig zu bewahren und vor den Folgen totalitärer Systeme zu warnen.

Die Inter-Asso hat in Bukarest mit großem Unverständnis zur Kenntnis nehmen müssen, dass es in Bosnien und Herzegowina (BiH) bis heute kein Gesetz zur Entschädigung der Opfer des Kommunismus gibt. Dies ist im Vergleich zu anderen Staaten des früheren kommunistischen Machtbereichs eine absolute Ausnahme. Auch die Weiterbeschäftigung von



Personen, die zur Zeit des Kommunismus, Verantwortung trugen, wird in BiH nicht hinterfragt. Der Erlass eines solchen sog. Lustrationsgesetzes wurde von der Regierung bisher nicht in Erwägung gezogen. Schließlich ist die Rückgabe von Eigentum, das durch Verstaatlichung rechtswidrig angeeignet wurde, nicht erfolgt. Die Inter-Asso wird bei der EU-Kommission darauf dringen, dass eine weitere Annäherung von BiH an die EU nicht infrage kommen kann, solange die Regierung von BiH in diesem Bereich keine Initiativen ergreift.

Forderungen

Auf Grundlage ihres XXI. Kongresses, der Länderberichte und den sich daraus ergebenden Erörterungen fordert die Inter-Asso die

Parlamentarische Versammlung des Europarates, die zuständigen Internationalen Organisationen sowie die UN-Sonderberichterstatter auf

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und der Verbreitung kommunistischer Propaganda im europäischen Raum Einhalt zu gebieten
- bei der Regierung von Bosnien und Herzegowinas auf die dringende Notwendigkeit einer rechtlichen Aufarbeitung und Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus hinzuwirken, ohne die eine weitere Annäherung an die europäische Wertegemeinschaft unmöglich ist

Die nationalen Regierungen und die verantwortlichen Stellen auf

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und der Verbreitung kommunistischer Propaganda im europäischen Raum Einhalt zu gebieten
- die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung durch Maßnahmen zu unterstützen, die die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch verschiedener Opferorganisationen ermöglichen
- die rechtliche Rehabilitierung durch Aktenzugang und entsprechende Gesetze sowie die Entschädigung der Opfer des Kommunismus zu veranlassen bzw. weiterzuführen und rechtstaatliche Verfahren gegen die Täter zu ermöglichen

Die europäischen Zivilgesellschaften auf

- Netzwerke und Mechanismen zur staatlichen, zwischenstaatlichen und bürgerschaftlichen Kooperation zur historischen Aufarbeitung zu initiieren bzw. vorhandene zu unterstützen
- Maßnahmen zu ergreifen, die zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgungsgeschichte der Opfer der kommunistischen Repressionen beitragen